

# Landesdelegiertenkonferenz 19. April 2008

## Beschluss

### Grüne Wege zu „Schulen für Alle“ in Berlin

**Grüne**

#### Eine „neue Schule“ für Berlin

Unser Anspruch an das Berliner Bildungssystem ist hoch, unser Ziel ambitioniert: Wir wollen in Berlin ein Bildungssystem, das allen Menschen ermöglicht, die bestmögliche Bildung und Ausbildung zu erwerben - von Kindertagesstätten über Schulen zu Hochschulen und der beruflichen Ausbildung. Bildung ist Voraussetzung dafür, erfolgreich einen Beruf zu ergreifen, ob HandwerkerIn oder AkademikerIn. Bildung versetzt jede und jeden Einzelnen in die Lage mit den immer schnelleren technologischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen selbstbestimmt umzugehen. Bildung entscheidet auch über die Möglichkeit zur gleichberechtigten Teilhabe an unserer Gesellschaft, nur wer gut ausgebildet ist, wird seine Interessen demokratisch vertreten, seine Chancen erkennen und wahrnehmen können.

Bildung ist ein Menschenrecht. Bildungsgerechtigkeit ist der Schlüssel zur Teilhabegerechtigkeit. In keinem anderen europäischen Land sind die Bildungschancen so ungleich verteilt und hängen so stark von der sozialen Herkunft ab, wie in der Bundesrepublik. Die soziale Ausgrenzung in unserem Bildungssystem ist daher eines der größten Gerechtigkeitsprobleme. Das Recht auf gute Bildung muss für alle durchgesetzt werden, flächendeckend, nicht nur in einzelnen Modell- oder Leuchtturmschulen, mit denen sich die rot-rote Koalition schmückt, um so von größeren Problemen abzulenken.

Unsere grüne Antwort lautet: Wir wollen ein Bildungssystem in Berlin, dessen Kernstück Schulen für alle nach skandinavischem Vorbild sind. Gemeinsames Lernen und gleichzeitig individuelle Förderung sind der Weg zu Bildungsgerechtigkeit durch Bildungsqualität. Alle Untersuchungen und praktische Erfahrungen zeigen: Die besten Bildungserfolge für jedes einzelne Kind werden

erzielt, wenn Kinder in all ihrer Unterschiedlichkeit, mit all ihren Stärken und all ihren Schwächen, mit all ihrer Neugier gemeinsam lernen und dabei eine umfassende individuelle Förderung erfahren.

Wir finden es unverantwortlich, alle Beteiligten weiter auf die grundlegende Reform warten zu lassen. Die Veränderung der Berliner Schulen muss jetzt beginnen - und zwar umfassend. Dazu gehören vor allem Veränderungen im rechtlichen Rahmen, eine veränderte Lehrerbildung und eine bessere Zusammenarbeit und Mitwirkung von allen an Bildungsprozessen Beteiligten: Eltern, Schule, SchülerInnen, Kitas und andere Bildungsinstitutionen.

Eine Schule für alle – von der Grundschule bis zum Abitur, eine Schule, in der die Lernschwachen und die Lernstarken gemeinsam gefordert und gefördert werden, das ist unser Ziel - eine Schule, die fest eingebunden ist in ihrem Stadtteil, als Ort des Lernens, als Ort des Austausches, als Ort der Kultur, eine Schule, auf der die Kinder bleiben, auch wenn sie Schwächen haben, eine Schule, die alle voranbringt, statt zu selektieren.

### **Gute Bildung ist die Zukunft der gesamten Stadt**

Wir wollen, dass „Bildung made in Berlin“ zu einem Qualitätssiegel wird. Davon ist Berlin weit entfernt. Das vielgliedrige Schulsystem ist nachweislich nicht in der Lage, den jungen Menschen umfassend das notwendige Rüstzeug für ihr Leben zu vermitteln. Es schafft vor allem für Sonder- und HauptschülerInnen besonders ungünstige Entwicklungsbedingungen. Für die Mehrheit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger bleiben die Lernsituation an den mehr als 50 Berliner Hauptschulen und mehr als 80 Schulen mit sonderpädagogischem Förderschwerpunkten und die anschließende Arbeitsmarktperspektive eine Katastrophe. Darin spiegelt sich wider, wie das mehrgliedrige Schulsystem mit ‚Leistungsschwächeren‘ umgeht. Mit der Option, vermeintlich unpassende, schwierige oder traditionell ‚nicht dazugehörende‘ Gruppen von SchülerInnen auszugrenzen und im gegliederten Schulsystem nach unten ‚durchzureichen‘, werden SchülerInnen nach ihrer sozialen Herkunft sortiert.

Wer jetzt nicht entschlossen den bisherigen HauptschülerInnen eine Perspektive bietet, wird weitere Generationen von SchülerInnen ihrer Zukunftschancen berauben. Bildungspolitische Inseln, die nur einigen wenigen neue Chancen bieten und eher der Befriedigung parteipolitischer Profilierungen dienen, sind keine Lösung. Viele Hauptschulen und die dort tätigen LehrerInnen und anderen Fachkräfte haben in den vergangenen Jahren Bewundernswertes geleistet,

wenn es darum geht, für ihre SchülerInnen trotz aller Perspektiven und Chancen zu schaffen. Die Fallstricke des gegliederten Schulsystems können aber auch sie nicht wegräumen. Wir brauchen einen Umbau des Berliner Schulsystems, der zu mehr individueller Förderung und mehr Bildungsgerechtigkeit führt.

Die Qualität der Bildung hängt auch davon ab, ob SchülerInnen und LehrerInnen die äußeren Voraussetzungen für die bestmögliche Bildung für alle vorfinden. Der rot-rote Senat orientiert sich bei den räumlichen Bedürfnissen von Schulen an völlig unzureichenden Mindeststandards und nimmt etwa bei Ganztagschulen billigend in Kauf, dass pädagogische Konzepte und Betreuungsangebote der Raumnot zum Opfer fallen. Vor großen Problemen stehen die Bezirke, die als Schulträger für die äußeren Schulangelegenheiten über unzureichende Mittel verfügen, um die erforderlichen Investitionen in den baulichen Unterhalt bzw. die Sanierung von Schulgebäuden zu tätigen. Die Verbesserung der räumlichen Rahmenbedingungen ist deshalb ein zentrales Anliegen grüner Bildungspolitik und wird letztlich auch für den Erfolg des Umbaus des Schulsystems und der Einführung der Gemeinschaftsschule entscheidend sein.

### **Grün steht für Vielfalt**

Die neue Gestaltungsfreiheit für die Schulen wird zu einer bunten Schullandschaft führen. So wird eine große Bandbreite neuer Schulen für alle mit ganz unterschiedlichen Schulprofilen entstehen. So werden die Kinder und Eltern wählen können zwischen Gemeinschaftsschulen, die sich z.B. musikalisch oder naturwissenschaftlich ausrichten, Schulen, die ihren Schwerpunkt auf Sport oder humanistische Bildung legen, Europaschulen, Schulen, die ihren Unterricht nach Montessori-, Waldorf- oder anderen Bildungskonzepten gestalten.

An die Stelle der faktischen Schulzuweisung nach sozialen Kriterien im alten Bildungssystem tritt mit den neuen Schulen für alle die aktive Wahlmöglichkeit zwischen unterschiedlichen pädagogischen Konzepten für alle Schülerinnen und Schüler.

### **Rahmenbedingungen schaffen**

Unser Ziel für Berlin steht fest: Schulen für alle nach skandinavischem Vorbild, die niemanden ausgrenzen. Dafür wollen wir Bündnisgrüne jetzt die Rahmenbedingungen schaffen:

**- Kein Abstufen, kein Abschieben, keine Bildungsgangempfehlung, keine äußere Fachleistungsdifferenzierung mehr:**

Mit der Abschaffung von Sitzenbleiben und Probehalbjahr gilt, dass die Schule sich auf die SchülerInnen einstellen muss – und nicht mehr die SchülerInnen auf die richtige Schulform sortiert werden. Wenn alle Schulen trotz unterschiedlicher Profile und Schwerpunkte grundsätzlich Schulen für alle sind, sind Bildungsgangempfehlung, Sitzenbleiben und Probehalbjahr überflüssig.

**- Rechtliche Gleichstellung innerhalb der Schulstufen herstellen:**

Bislang gelten für die unterschiedlichen Schularten in den jeweiligen Schulstufen unterschiedliche Regelungen, von der Ausstattung bis zur Besoldung. Innerhalb der jeweiligen Schulstufen sollen alle Schulen die gleichen Bedingungen und Ausstattungen haben, um den SchülerInnen die bestmögliche Bildung zukommen zu lassen.

**- Lehramtsausbildung grundlegend reformieren:**

Damit LehrerInnen die Anforderungen der künftigen Gemeinschaftsschule erfüllen können, brauchen sie das nötige Rüstzeug. Eine Differenzierung in Lehramtsstudiengänge nach Schularten ist mit der Auflösung der Schularten und der rechtlichen Gleichstellung erst recht überflüssig. Die LehrerInnen der Zukunft sind Lernbegleiter und als solche für die Vermittlung von Wissensinhalten und der Schaffung guter Lernbedingungen zuständig. Das setzt breite fachliche sowie pädagogische, didaktische und psychologische Kenntnisse voraus. Individuelle Förderung und Diagnosefähigkeiten sind fester Bestandteil ihrer Qualifikation. Verpflichtende Fort- und Weiterbildung sowie die Verzahnung von Studium, Referendariat und Berufseinstieg sind notwendig.

**- Schulen besser und anders mit Personal ausstatten:**

Gute Schule gelingt nur, wenn Lehrerinnen und Lehrer genügend Zeit und Kapazität haben, sich um alle Schüler individuell zu kümmern. Dies ist bei den momentanen Klassenstärken auch für die besten Lehrer nicht zu schaffen. Wir wollen daher den Schulen ausreichend Personalkapazitäten zur Verfügung stellen.

**- Neue Arbeitszeitmodelle für die neue Schule:**

Ein Arbeitszeitmodell, das an realen Arbeitszeiten und nicht allein an Unterrichtsstunden orientiert ist, ist längst überfällig. Und unsere Vorstellung von Präsenz vor Ort, wie sie in einer ganztägig arbeitenden Schule notwendig ist, ist nur umzusetzen, wenn die Ausstattung der Schulen so ist, dass sie Arbeitsplätze und Räume für die in ihnen Tätigen bereitstellen.

## **Voraussetzungen für integrative Schulen jetzt schaffen**

Eine gute Schule muss geprägt sein von wechselseitigem Respekt aller am Schulleben Beteiligten. Sie ist auch ein sozialer Erlebnisraum. Sie wird von Lehrkräften und anderem Fachpersonal, den SchülerInnen und Eltern gemeinsam demokratisch gestaltet. SchülerInnen und Eltern müssen echte Teilhabe am Schulleben, Unterricht und den damit verbundenen Entscheidungen erhalten.

„Alibibeteiligungen“ führen dazu, dass junge Menschen entmutigt werden und sich nicht ernst genommen fühlen. Deshalb setzen Bündnis 90/Die Grünen in Berlin auf eine Schule, in der die Kinder und Jugendlichen nicht passive Objekte des Schulbetriebs sind, sondern als aktive Subjekte die Schule mitgestalten.

Dafür ist es nicht ausreichend, Demokratie nur als Unterrichtsfach zu begreifen. Die formale Gestaltung des Unterrichts muss diesen Ansprüchen genauso gerecht werden, wie die Beziehung zwischen SchülerInnen, LehrerInnen und der Schulleitung.

## **Eigenverantwortung von Schulen stärken und die Evaluation weiterentwickeln**

Eine Schule für alle SchülerInnen benötigt ein hohes Maß an Gestaltungsfreiheit, um auf ihr spezielles Umfeld und ihre SchülerInnen eingehen zu können und ein entsprechendes Schulprogramm zu entwickeln. Das betrifft die Gestaltung des Unterrichts und des Schulalltags, die schulinternen Lehrpläne, die Personalauswahl wie auch den flexiblen Einsatz der ihr zur Verfügung stehenden Sach- und Personalmittel. Mehr Freiheit für die Schule bedeutet aber auch mehr Verantwortung für die Lernerfolge ihrer SchülerInnen.

Schulen müssen laufend überprüfen, ob und wie sie ihre selbst gesetzten und die vorgegebenen Bildungsziele tatsächlich erreichen. Damit die durch Evaluation gewonnenen Erkenntnisse wirksam werden können, brauchen Schulen verlässliche Rahmenbedingungen und effektive Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Selbstevaluation der Schulen muss durch regelmäßige externe Evaluation ergänzt werden. Die Entwicklung einer Evaluationskultur darf dabei nicht auf die Schulen beschränkt werden, sie muss auch die Schulaufsicht und die bezirklichen Schulämter einbeziehen.

Schülerinnen und Schüler stehen im Mittelpunkt einer selbständigen Schule. Wir wollen eine Beendigung und Überbrückung der beziehungslosen Bildungsinstanzen im Kiez und die Ent-

wicklung hin zu regionalen Bildungslandschaften. Schulen und alle an der Bildung von Kindern und Jugendlichen Interessierten und Beteiligten sollen neue Organisations- und Kooperationsformen ausprobieren können, die dem Subsidiaritätsprinzip und dem Dezentralitätsprinzip folgen. Eine qualitätsorientierte Selbststeuerung von Schule und die Entwicklung von sozialräumlichen Bildungslandschaften brauchen kompetente AnsprechpartnerInnen vor Ort.

### **Die Dynamik der Schulen in freier Trägerschaft für die Gemeinschaftsschule nutzen**

Es ist ein Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Bildungssystem, dass in Berlin immer mehr – meist von Eltern gegründete – Schulen in freier Trägerschaft mit unterschiedlichen pädagogischen Ansätzen entstehen. Viele Eltern wollen es nicht hinnehmen, dass den Kindern in vielen Schulen vom ersten Tag an die Freude am Lernen ausgetrieben wird. Dieses Engagement der Eltern wollen wir aufgreifen und auch zur Entwicklung von Neuen Schulen für alle nutzen.

Wir wollen Bildungsgerechtigkeit auch an Schulen in freier Trägerschaft. Wir werden die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft deutlich verbessern, die eine ausgewogene soziale Mischung gewährleisten und daher – unabhängig vom Einkommen der Eltern – auch Kinder aus einkommensschwachen Familien aufnehmen.

### **Jetzt Schulpersonal qualifizieren**

Um in Berlin zu schulstrukturellen Reformen zu gelangen, ist es notwendig, jetzt mit der **Reform der Lehrerausbildung** zu beginnen. Die unsinnige Teilung in Grundschul-, Hauptschul-, Realschul- und GymnasiallehrerIn muss ein Ende haben. Das gegliederte, selektive Schulsystem darf sich nicht in den Köpfen der LehrerInnen fortsetzen.

- Sofortiger Beginn Lehramtsreform mit entsprechend neuem Curriculum, so dass wir in sechs Jahren die ersten AbsolventInnen haben
- Vorziehen der Praxisphasen in der LehrerInnenbildung.

Die **Fortbildung für LehrerInnen und ErzieherInnen**, sowie für SozialpädagogInnen an den Schulen muss sich an den Aufgabenstellungen integrativer Schulen sowie den Zielen der individuellen Lernförderung, des produktiven Lernens im Projektunterricht, an der Befähigung der SchülerInnen zum Selbstlernen und an der Sprachförderung orientieren.

- ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau anheben, Curriculum entwickeln
- Berufsbegleitende obligatorische Fort- und Weiterbildung für LehrerInnen und ErzieherInnen strukturell verankern und befördern
- Entwicklung und regelmäßige Fortschreibung von schulinternen Fort- und Weiterbildungskonzepten durch jede Schule mit eigenem Fortbildungsbudget.

Die **Personalplanung, -organisation und -ausstattung** der Schulen muss verändert werden. Die Schulplanung muss dem pädagogischen Konzept des individuellen Förderns und des integrativen Unterrichts folgen.

- Personalplanung zur Verjüngung der Lehrerschaft beginnen
- jetzt schon bei Lehrereinstellungen darauf achten, dass künftig gemischte Kollegien aus Lehrkräften für alle Schularten entstehen.
- Besoldung der Lehrkräfte an ihren Funktionen und nicht mehr an der Schulart ausrichten
- Personalverantwortung an die Schulen geben
- Einstellungsmodalitäten für Lehrkräfte entbürokratisieren
- dauerkranken Lehrkräften Einsatz außerhalb des Unterrichts anbieten.

Die **Schulleitungen** müssen sich in Bezug auf schulorganisatorische Fragen wie rhythmisierten Ganztagsunterricht, Einbindung gesellschaftlicher Akteure in die Schule, Elternarbeit etc. weiter qualifizieren.

Die größere Eigenverantwortung der Schulen bedeutet aber zugleich auch erhebliche Mehrarbeit für Schulleitungen. Damit diese den höheren zeitlichen Anforderungen gerecht werden können, müssen sie an anderen Stellen entlastet werden, z.B. von Verwaltungsarbeit.

- Weiterbildungsstudiengang für SchulleiterInnen entwickeln
- Verpflichtende Weiterbildung für Mitglieder der Schulleitung in Personalplanung und Organisationsentwicklung sowie in der Anwendung und Durchführung der internen und externen Evaluation festschreiben
- SchulleiterInnen zu SchulmanagerInnen qualifizieren.

### **Schulen zu Orten des Lernens und Lebens machen**

Die Berliner Schulen brauchen eine klare Zielsetzung in der Lern- und Unterrichtskultur. Die Unterschiedlichkeit der Kinder und Jugendlichen ist der Ausgangspunkt aller Wissensvermittlung. Lerninhalte, Lernformen und Lerntempo müssen sich an den Kompetenzen orientieren, die Kinder und Jugendliche mitbringen und für ihre private und berufliche Zukunft brauchen.

- Übergang von Kita zu Schule durch Kooperationen Kita – Grundschulen verbessern
- Kooperation von Schule und Freien Trägern der Jugendhilfe stärken
- Unterstützung der Weiterentwicklung von Schulkooperationen und Schulprofilen
- Förderung der Mehrsprachigkeit z. B. durch Tandemschulmodelle
- Schulen Budgets für Projekte zuweisen, insbesondere für projektbezogene Zusammenarbeit mit externen Fachleuten (KünstlerInnen, HandwerkerInnen, WissenschaftlerInnen etc.)
- lernförderliche Umgebungen schaffen: Pausenhöfe mit viel Grün und Bewegungsangeboten ausstatten, die zum Ausruhen und zum Herumtoben einladen
- intakte Gebäude und hygienische Sanitäreinrichtungen als Grundvoraussetzung herstellen
- gute technische Ausstattung, insbesondere im Bereich der Neuen Medien
- Gesundes Essen und warme Mahlzeiten
- Der Einsatz regenerativer Energien und der Umgang mit Energieeffizienz muss ein wichtiger Bestandteil einer projektbezogenen Bildung mit ökologischen Lerninhalten sein.

Die neue **Gemeinschaftsschule für Alle** soll den jetzigen Schulen darin vorangehen,

- dass die Unterrichtsinhalte möglichst ausgewogen die handwerklichen, musischen und kognitiven Fähigkeiten des Einzelnen entwickeln und fördern
- dass die Unterrichtsformen partnerschaftliche und kooperative Kompetenzen einüben: Schüler lernen von Schülern (Konzept ‚Lernen durch Lehren‘), die jeweils Älteren helfen den Jüngeren, die Schnelleren unterstützen die Langsameren,
- dass die Unterrichtsräume sich als Lerncampus zur Lebens- und Arbeitswelt außerhalb der Schule öffnen und erweitern. Lokale Betriebe, Sportvereine, Sozialeinrichtungen, Musikschulen, Theater etc. werden zunehmend in Lernprojekte und Praktika eingebunden.

### **Entwicklung der „kleinen“ Gemeinschaftsschule von Anfang an**

Die 6-jährige Grundschule, also die kleine Gemeinschaftsschule, muss in Berlin gestärkt werden, sonst wird jede weitere Reform obsolet. Dies kann aber nur gelingen, wenn in der Grundschule die individuelle Förderung optimal ermöglicht wird. Einer Abstimmung der Eltern mit den Füßen kann nur mit einer Qualitätsverbesserung entgegen gewirkt werden. Eine erfolgreiche Weiterentwicklung der positiven Ansätze in der Grundschule löst die Hälfte der Probleme in der Sekundarstufe I.

Dazu müssen u.a. die begonnenen Reformen, insbesondere die Ganztagsbetreuung und die flexible Schuleingangsphase solide ausfinanziert und umgesetzt werden. Bündnis 90/Die Grü-

nen fordern auch, dass die notwendigen sonderpädagogischen Hilfen für die Grundschule von der 1. Klasse an bereitgestellt werden.

Außerdem sollen Grundschulen ermuntert werden, ihr pädagogisches Konzept bis zur 10. Klasse ausbauen, so dass alle SchülerInnen der 6. Klasse ohne Auswahl in die 7. Klasse der Schule übergehen können. So kann sich eine Gemeinschaftsschule von unten entwickeln.

- Personalkontinuität und Unterrichtssicherheit herstellen
- Doppelbelegung von Schulräumen abschaffen
- jahrgangsübergreifenden Unterricht durch Stärkung der personellen Ressourcen fördern
- Bildungsgangempfehlung abschaffen
- flächendeckend Ganztagsunterricht in echten Ganztagschulen mit entsprechender rhythmisierter Ausgestaltung einführen und finanzieren
- Personal- und Sachmittel für Schulen mit höherem Förderbedarf ihrer SchülerInnen und von Schulen in sozialen Brennpunkten verstärken
- Einschulungsbereiche in den Bezirken erweitern, z.B. durch Schulsprengel oder Schulbezirke.

### **Schulen von innen verändern –**

#### **Alle Schulen für die gemeinsame Erziehung öffnen**

Zu den negativen Entwicklungen des gegliederten Schulwesens gehört auch die Bildung der Sonderschulen bzw. der gesonderten Klassen für „Lernen“ und für „Emotionale und soziale Entwicklung“, die jetzt unter dem Deckmantel der Förderschulen firmieren. Mindestens diese beiden gehören abgeschafft. Sie werden ihrem vermeintlichen Förderanspruch nicht gerecht, obwohl sie zu den teuersten Schularten zählen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen erreichen, dass sich alle Schularten für die gemeinsame Erziehung für Kinder mit und ohne Behinderungen öffnen. Dazu soll der § 37 (3) des Schulgesetzes (SchulG) so geändert werden, dass sich die Schulen nicht mit Vorwänden dieser Aufgabe entziehen können. Der immer noch bestehende Finanzvorbehalt und die faktische Unterfinanzierung der gemeinsamen Erziehung muss durch Erhöhung der Haushaltsansätze überwunden werden. Bündnis 90/Die Grünen sind auch hier bereit, für diese Aufgabe mehr Geld zielgerichtet auszugeben.

## Finanzen

Eine so gravierende Veränderung der Berliner Schule ist nicht zum Nulltarif zu haben. Bildung hat für uns absolute Priorität. Bündnis 90/Die Grünen sind bereit, diese auch mit aller Konsequenz für den Berliner Landeshaushalt zu fordern.

## Wege zur Gemeinschaftsschule

Wir wissen, dass der Weg zu dieser neuen, integrativen Schule tiefgreifende inhaltliche und strukturelle Veränderungen voraussetzt. Eine neue Lehr- und Lernkultur, zeitgemäß ausgebildete Lehrkräfte mit entsprechenden Fähigkeiten für eine integrative Pädagogik und die Überwindung des vielgliedrigen Schulsystems. Diese Veränderungen können nur umgesetzt werden, wenn sie von Eltern, LehrerInnen und SchülerInnen akzeptiert und getragen werden. Vertrauen in die Veränderungsprozesse ist hier entscheidend. Vertrauen, dass die neue Schule besser ist als unser vielgliedriges selektives Schulsystem mit Hauptschule, Realschule, Gesamtschule, Sonderschule und Gymnasium. An diesem Vertrauen fehlt es – noch.

Die größten Probleme der Berliner Schule liegen zurzeit in der Sekundarstufe I (Klasse 7-10). Sie bündeln sich an den Hauptschulen, wirken aber in alle Schularten. Alle Konzepte zur Einführung der Gemeinschaftsschule müssen sich daher daran messen lassen, ob sie auch eine Lösung für alle Hauptschulen in der nächsten Legislaturperiode beinhalten.

Wir brauchen eine neue Perspektive für den Umbau des Berliner Schulsystems, die zu mehr individueller Förderung und mehr Bildungsgerechtigkeit für alle führt. Der größte Widerstand gegen Reformen kommt aus den Gymnasien - eine Schulform, die sich in der Vergangenheit am wenigsten bewegt hat.

Mit dem **Modellversuch: Gemeinschaftsschule** hat der rot-rote Senat den Prozess zur Einführung der Gemeinschaftsschule als Schule für Alle in Berlin angestoßen. Die jetzt entstehenden Gemeinschaftsschulen sind ein Bestandteil des notwendigen Umbauprozesses des Berliner Schulsystems. Je erfolgreicher die Schulen des Modellversuchs sind, umso leichter wird es sein, die notwendige gesellschaftliche Umorientierung auf Schulen für Alle zu erreichen. Wir begrüßen daher jede Schule, die sich so auf den Weg macht, und wollen ihre Erfahrungen und Potentiale für den Umbau des Berliner Schulwesens nutzen.

Um **aus den einzelnen Gemeinschaftsschulen ein flächendeckendes Angebot** zu machen, wollen wir, dass ab einem bestimmten Stichtag in der kommenden Legislaturperiode die Haupt-, Real- und Gesamtschulen ohne Oberstufe, auslaufen. An ihrer Stelle entstehen neue Gemeinschafts-

schulen, die alle pädagogischen Elemente, die jetzt in dem Modellversuch Gemeinschaftsschule vorgesehen sind, beinhalten. Sie sind Ganztagschulen, die integrativ arbeiten und dem Prinzip der individuellen Förderung aller SchülerInnen verpflichtet sind. Es unterrichten dort bis zu einer umfassenden Lehrerausbildungsreform LehrerInnen aller Schularten in ausgewogenem Verhältnis, später die StufenlehrerInnen für die SEK I.

Ebenfalls in der nächsten Legislaturperiode soll es die **schulrechtliche Gleichstellung aller Schulen in der Sekundarstufe I** (Klasse 7 – 10) geben. Dies trifft insbesondere das Gymnasium, das seine besondere Stellung nicht nur der großen Nachfrage verdankt, sondern vielen schulrechtlichen und schulpolitischen Vorrechten, die in keiner Weise gerechtfertigt sind. Obwohl sich aktuell auch die Kritik an der traditionellen Arbeitsweise des Gymnasiums verstärkt, ist der Andrang unvermindert hoch. Durch die Verkürzung der Schulzeit wird aber nun deutlich, was vorher nicht im Mittelpunkt des Interesses stand: Viele Gymnasien stellen sich nicht ausreichend auf die Heterogenität ihrer Schülerschaft ein – sei es aus Unfähigkeit oder Unwille.

Schulrechtliche Gleichstellung heißt für uns: **Alle Schulen sind gleichberechtigt und in ihrer Grundausrüstung gleich.** Überkommene Privilegien wie unterschiedliche Stundendeputate der Lehrer/-innen, Probehalbjahr, Abschulung, Sitzenbleiben u.a. werden abgeschafft. Das Gymnasium wird in dem Reformprozess eingebunden und in der bisherigen Form nicht mehr fortbestehen. Die Unterschiede zwischen den Schulen werden so in Zukunft nicht durch die Schulart definiert, sondern durch die Schulprofile. Kein(e) SchülerIn muss vor Ende der 10. Klasse entscheiden, ob er/sie direkt das Abitur auf einer Schule anstrebt oder später nach einer beruflichen Ausbildung. Interne und externe Evaluation, Vergleichsarbeiten und die Ergebnisse der (inter)nationalen Schulleistungstests werden den Eltern und den Jugendlichen helfen, eine angemessene Schulwahl zu treffen.

Durch die Angleichung der Rahmenbedingung und schulrechtlichen Gleichstellung soll es keinen Unterschied mehr machen, ob jemand auf die Gemeinschaftsschule, das Gymnasium oder die Gesamtschule mit Oberstufe geht. Die verschiedenen Wege zum individuell unterschiedlichen Ausbildungsziel sind gleichberechtigt. So kann die **Vielgliedrigkeit des bestehenden Schulsystems überwunden und eine neue Hierarchie einer Zweigliedrigkeit vermieden werden**, ohne die alten Grabenkämpfe um die Schularten wiederzubeleben oder alles so zu ändern, dass sich niemand mehr zurechtfindet und mitgehen kann.

Entscheidend ist, dass alle SchülerInnen die Schule mit einem qualifizierten Abschluss verlassen. Dieser besteht entweder aus dem Mittleren Schulabschluss oder aus dem Abitur, das sowohl auf der künftigen Gemeinschaftsschule wie auch dem reformierten Gymnasium erreicht werden kann. Damit eröffnen wir unterschiedliche, aber gleichberechtigte Wege zum Abitur für alle SchülerInnen und verhindern eine reine Zweigliedrigkeit der Schularten.

Wir wollen den Eltern und SchülerInnen Wahlfreiheit beim pädagogischen Profil, nicht aber bei sozialen Privilegien geben und ihnen zeigen, dass auf der neuen Schule für Alle besser auf das Leben und seine Anforderungen vorbereitet wird. Wir sind überzeugt, diesen Wettbewerb werden die neuen Schulen für Alle gewinnen

Damit die Gemeinschaftsschule das Vertrauen der Eltern und SchülerInnen gewinnt, muss es u. a. klare Leistungsstandards geben, müssen die Lernfortschritte, Erfolge und Misserfolge gut dokumentiert werden, muss die Förderung besonders talentierter und / oder speziell motivierter SchülerInnen gelingen, muss klar sein, wie der Fachunterricht unter Bedingungen heterogener Lerngruppen optimiert wird, welche Fortbildung dafür schulintern entwickelt und wie der Transfer für eine erfolgreiche Praxis organisiert wird.

Zu der schulrechtlichen Gleichstellung gehört auch, dass jede Schule der Sekundarstufe I auch den Übergang zur Oberstufe ermöglicht. Dafür werben wir für ein „**College-Modell**“ von eigenständigen dreijährigen Oberstufen. Solange es dies noch nicht gibt, soll es feste Verbünde von Schulen der Sekundarstufe I mit Oberstufen geben, wenn die Oberstufe nicht auf dem Schulstandort vorhanden ist.

Wenn sich die neuen Gemeinschaftsschulen etabliert haben und Gymnasien ohne Sonderstatus lernen, für alle erfolgreich zu sein, ist es unseres Erachtens nur eine Frage der Zeit, bis die Mehrheit der Eltern versteht, dass sich die Unterschiede zwischen den Schulen nicht an dem Schulschild festmachen lassen, sondern an dem Profil und dem Ethos einer Schule. Dann wird es auch möglich sein, auf die unterschiedlichen Schularten in der Sekundarstufe I zu verzichten und wie bei der Grundschule nur noch eine Schulart für Alle zu haben, ohne dass einer/eine auf die Idee kommt, diese Schule als Einheits(brei)schule zu diffamieren.

Unser grüner Weg zur Gemeinschaftsschule ist also, dass **möglichst bald alle Schulen nach dem Konzept der gemeinsamen Schule für Alle arbeiten** und dass in einem späteren Schritt dann die noch formal bestehenden unterschiedlichen Türschilder entbehrlich werden. Alle Schulen sind für alle SchülerInnen offen und für alle verantwortlich. Wir wollen die Berliner Schule befähigen, dieses Ziel zu erreichen.

Für die Schülerinnen und Schüler der auslaufenden Bildungsgänge ist Sorge zu tragen, dass sie durch umfassende Förderung und Fortsetzung der begonnenen pädagogischen Reformen ihren angestrebten Schulabschluss erreichen und erfolgreich in eine Berufsausbildung oder in weiterführende Bildungsgänge einmünden.